

HERBERT MAYER

Die internationale sozialistische Konferenz und der Marshall-Plan 1947/48

Das Europäische Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program, ERP), bekannt geworden als Marshall-Plan, teilte die Welt und reflektierte die Teilung der Welt.¹ Zusammen mit der Truman-Doktrin zur Eindämmung des Kommunismus vom 12. März 1947 kennzeichnete es deutlich die Wende der amerikanischen Nachkriegspolitik. Vorstellungen und Ziele in den USA mögen differiert haben, als Marshall seine später berühmt gewordene Rede am 5. Juni 1947 hielt. Auf jeden Fall bot er Europa amerikanische Hilfe (Nahrungsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Energieträger) an, wenn die Europäer dazu die Initiative ergriffen. Marshall erklärte, »unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten.«² Damit war die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion anvisiert und erkennbar, daß die Mittel nicht ohne Bedingungen vergeben würden. Bei Beratungen, beginnend am 27. Juni 1947 in Paris, warnte die Sowjetunion vor den Folgen der Annahme der Hilfe für die wirtschaftliche und politische Autonomie der betroffenen Staaten. Der sowjetische Außenminister Molotow brach am 2. Juli die Verhandlungen mit seinen britischen und französischen Amtskollegen Bevin und Bidault ab. Die wichtigsten Einzelheiten des ERP wurden in Konferenzen im zweiten Halbjahr 1947 festgelegt, an ihnen waren 16 Länder beteiligt, aber keines aus Osteuropa, die westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurden (nach der Londoner Konferenz) durch die Mitwirkung der Militärgouverneure einbezogen. Die Ablehnung des Marshall-Plans durch die Sowjetunion und durch die osteuropäischen Länder, die Kominform-Gründung im September 1947 und die Prager Februar-Ereignisse 1948 wirkten als Katalysatoren, Widerstände im amerikanischen Kongreß zu überwinden und den Plan durchzusetzen, so daß am 3. April 1948 der Kongreß den Economic Cooperation Act annahm. Zugleich wurde der Sowjetunion nebst osteuropäischen Staaten und Kominform die Verantwortung für die Blockbildung zugeschoben. Insbesondere die Stalinsche These von den zwei Lagern – dem »antiimperialistischen, demokratischen« und dem »imperialistischen, antidemokratischen Lager« – verstärkten diesen Eindruck. Der Plan trug einerseits zur weiteren Formierung des westlichen Lagers und zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Westeuropa bei, forcierte andererseits den sich entfaltenden Ost-West-Konflikt, die

Herbert Mayer – Jg. 1948, Historiker, Dr. sc. phil., Studium in Leipzig, Forschungs-, Publikations- und Editionsarbeiten zur Zeitgeschichte, besonders zur Geschichte der internationalen und deutschen Arbeiterbewegung, zum Verhältnis von sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung, zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und Sozialistischen Internationale; jüngste Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD nach 1945 und der SED.

Beitrag auf der Konferenz »1947/48: Internationale und deutsche Politik am Scheideweg« am 13. und 14. Juni 1998 in Berlin.

1 Vgl. zum Marshall-Plan an deutschsprachiger Literatur u. a. G. Bischof: Der Marshall-Plan in Europa 1947-1952, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur

Blockbildung und den Kalten Krieg. An Stelle der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion in der Antihitler-Koalition trat bei ihren einstigen Verbündeten immer mehr eine Politik der Eindämmung.

Von den Zielen, die die USA mit dem Marshall-Plan verfolgten, werden im Nachhinein besonders sichtbar: 1) Durch amerikanische Wirtschaftshilfe sollte ein möglichst großer Teil des europäischen Kontinents von den USA beherrscht werden. 2) Die Sowjetunion sollte ausgeschaltet werden (bzw. sich selbst ausbooten), ihr Einfluß vermindert und der Kommunismus zurückgedrängt werden. Gewertet werden konnte er je nach Sichtweise als Defensivmaßnahme gegen ein befürchtetes Vordringen des »Kommunismus« oder als Expansion der politischen und wirtschaftlichen Macht der USA.

Die Reaktion einiger europäischer sozialdemokratischer Parteien
Zunächst zu den Reaktionen einiger sozialdemokratischer Parteien auf den Vorschlag Marshalls, die die Debatten in internationalen sozialdemokratischen Gremien deutlicher werden lassen.

Die britische Labour Party unterstützte den Marshall-Plan von Anfang an.³ Dies leitete sie aus der wirtschaftlichen Lage des Landes ab, und das gründete sich auf die engen Beziehungen der Partei zur Regierung und zu den Gewerkschaften. Die LP sah im Plan sowohl ein gemeinsames amerikanisch-britisches Projekt als auch eine Möglichkeit, daß die begonnenen Sozialreformen und der wirtschaftliche Wiederaufbau unter Führung der LP-Regierung verwirklicht werden könne. Es blieb in der LP die Illusion verbreitet, daß die USA uneigennützig handelten und Großbritannien als Verbündeten ansahen, der Hilfe brauchte. Der britische LP-Außenminister Bevin ging schnell auf den vagen US-Vorschlag ein und initiierte Schritte zu seiner Umsetzung.

Die französische sozialistische Partei, die SFIO, war sich einig über die Notwendigkeit einer amerikanischen Wirtschaftshilfe für Frankreich und seine Nachbarn, da Fortschritte zum Sozialismus nur bei wirtschaftlicher Prosperität möglich seien. Sie sah im Vorschlag von Marshall ein Programm, das mit amerikanischer Hilfe zum Wiederaufbau Europas, einschließlich Osteuropas, führt. Die SFIO hegte Hoffnungen, mit dem Marshall-Plan eigene außenpolitische Ziele im Sinne des Dritten-Kraft-Konzepts, der Troisième Force Européenne, durchzusetzen.⁴ Ein sozialistisches, ein sozialdemokratisch geführtes Europa sollte als Dritte Kraft fungieren, den Gegensatz der beiden Weltmächte aufheben und der gegenseitigen Annäherung dienen. Das Dritte-Kraft-Konzept verstand sie in dem Sinne, Europa als supranationale Einrichtung mit Hoheitsrechten, Parlament und Exekutive zu gestalten. Das unter französisch-britischer Führung stehende Europa der dritten Kraft hätte ihrer Auffassung nach auch zur Wiedererrichtung der Sozialistischen Internationale beigetragen. Die SFIO-Vorstellungen verkannten – auch in der Folgezeit – das Ausmaß des eskalierenden Ost-West-Konflikts und verfielen in Illusionen sowohl über die Stärke der europäischen Staaten wie auch der europäischen Sozialdemokratie.

Die skandinavischen Parteien (Norwegens, Dänemarks und Schwedens), die 1947 alle an der Regierung waren, nahmen analog

Wochenzeitung Das Parlament, 22-23/97, S. 3 ff.; W. Heering: Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas, in: ebenda, S. 30 ff.; P. Wagner: Mythos Marshall-Plan. Das europäische Wiederaufbauprogramm in der deutschen öffentlichen Meinung 1947-1952, Pfaffenweiler 1996; G. Hardach: Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952, München 1994; C. S. Maier/G. Bischof (Hrsg.): Deutschland und der Marshall-Plan, Baden-Baden 1992; W. Loth (Hrsg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950, Bonn 1990; vgl. zur Thematik dieses Beitrags vor allem auch O. N. Haber/L. Niethammer (Hrsg.): Der Marshall-Plan und die europäische Linke, Frankfurt 1986 (im folgenden Haber/Niethammer); R. Steininger: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1979 (im folgenden R. Steininger) (vgl. auch ders.: Der Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale, in: Haber/Niethammer, S. 481 ff.).

2 Rede des amerikanischen Außenministers Marshall vom 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität, in: C. Gasteyer: Europa von der Spaltung zur Eingung, Bonn 1997, S. 69. Vgl. auch Europa-Archiv, (2) 1947, S. 821 ff., dort auch eine Chronik und die Kurzfassung des Schlußdokuments.

3 Vgl. zur LP v. a. A. Sked: Die britische Arbeiterpartei und der Marshall-Plan, in: Haber/Niethammer, S. 407 ff. Zunächst war der Plan in der LP auf Widerstände – so von Keep Left – gestoßen, die aber dann auf-

gegeben wurden. Im Mai 1948 hat dann der LP-Parteitag nachdrücklich den Plan unterstützt. Diejenigen, die nun weiterhin gegen den Marshall-Plan auftraten, galten als Mitläufer der KP und wurden aus der LP ausgeschlossen.

4 Vgl. zur SFIO v. a. W. Loth: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940 - 1950, Stuttgart 1977, S. 139 ff.; ders.: Die französischen Sozialisten und der Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 359 ff. Die Gruppe der Gegner des Marshall-Plans in der SFIO war klein, der Widerstand kam von der Gruppe um Y. Dechezelles, die aber auf dem Parteitag im August 1947 nur 274 von 4984 Stimmen erhielt und Anfang 1948 aus Partei ausschied.

5 Vgl. zu den skandinavischen Parteien v. a. E. Lorenz: Skandinavische Arbeiterbewegung und Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 423 ff.; K. Misgeld: Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden, Frankfurt - New York 1984, isb. S. 96 ff.

6 Die spätere Teilnahme ihrer Länder am ERP und die daraus resultierende Abhängigkeit von den USA hatten in den skandinavischen Ländern und ihren sozialdemokratischen Parteien unterschiedliche Konsequenzen zur Folge. Die DNA verband ihre positive Einstellung Anfang 1948 mit einer außenpolitischen Neuorientierung Norwegens, um eine stärkere Bindung an die USA und Großbritannien durchzusetzen. Die SAP hielt als Regierungspartei die Neutralität Schwedens

ge Positionen ein. Nach anfänglichen starken Bedenken und Vorbehalten liefen sie im Laufe der Zeit auf eine immer klarere Zustimmung zur US-Hilfe hinaus.⁵ Die Norwegische Arbeiterpartei (DNA) z. B. befürchtete zunächst allerdings die Spaltung Europas, vertrat ein Konzept des Brückenbaus und wollte nicht in Ost-West-Spannungen hineingezogen werden. Die skandinavischen Parteien betonten wirtschaftliche Aspekte und sahen ihre Zustimmung zum Plan nicht zugleich auch als Beteiligung an einer westlichen Blockbildung.⁶

Westdeutschland nahm im Marshall-Plan einen zentralen Platz ein, da Deutschland im Zentrum des Ost-West-Konflikts stand. Die grundsätzliche Stellungnahme der SPD zum Marshall-Plan erfolgte im Juni/Juli 1947 auf dem Nürnberger Parteitag im Referat Kurt Schumachers »Deutschland und Europa« und der dazu angenommenen Resolution.⁷ Sie enthielten ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen sozialen und ökonomischen Entwicklung Europas. Schumacher wandte sich dagegen, den Plan als »Geschäftsprojekt« zu kennzeichnen und wertete ihn als »echte Hilfeleistung« der USA. Die angenommene EntschlieÙung machte den »Erfolg der großangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa« vom Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Deutschland könne seine Volkswirtschaft und das nationale Leben nicht aufbauen ohne Hilfe der Siegermächte. Daher standen die Bedingungen des Marshall-Planes den wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD (und anderer sozialdemokratischer Parteien) nach Sozialisierung der Schlüsselindustrie und nach Planung der Wirtschaft entgegen. Die SPD-Vertreter im Bizonenwirtschaftsrat stimmten im Juli 1947 dem Plan zu.⁸

Die Debatte in der internationalen Sozialdemokratie

Als der Marshall-Plan verkündet wurde, gab es keine sozialdemokratische Internationale. Die Sozialistische Arbeiterinternationale war 1940 zusammengebrochen, ein Wiederaufbau scheiterte an verschiedenen Widerständen und Zielsetzungen der einzelnen Parteien. In der Internationalen Sozialistischen Konferenz (ISK) mit einem Sozialistischen Informations- und Verbindungsbüro (SILO) hatten 1945/46 die sozialdemokratischen Parteien eine vorläufige Form der losen Zusammenarbeit gefunden. Ihr gehörten auch die sozialdemokratischen Parteien Osteuropas an. Diese arbeiteten seit dem Widerstandskampf im Zweiten Weltkrieg mit den einheimischen kommunistischen Parteien zusammen. Hingegen hatten die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien zur Zeit der Verkündung des Marshall-Plans eine solche Zusammenarbeit meist bereits aufgegeben bzw. strikt abgelehnt. Die Haltung der internationalen Sozialdemokratie zu den Vorschlägen von Marshall tangierte eine Reihe internationaler und nationaler Probleme:

- den Ost-West-Konflikt und die Blockbildung;
- die Positionsbestimmung gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern;
- die Haltung zu den kommunistischen Parteien;
- die eigenen gesellschaftspolitischen Konzeptionen und Möglichkeiten zu deren Verwirklichung;

- die Wahrung nationaler Unabhängigkeit;
- die weitere Entwicklung Deutschlands.

Es deutete sich das Dilemma an, in das die internationale Sozialdemokratie und ihre Parteien mit dem Marshall-Plan gerieten: Akzeptierten sie den Plan, besaßen sie kaum Möglichkeiten, eine sozialdemokratische Konzeption einer Dritten Kraft, eines dritten Weges zwischen USA und Sowjetunion bzw. zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu beschreiben. Wollten sie den Plan ablehnen, bestand die Gefahr, daß sie an politischem Einfluß verloren. Sie hatten daher für eine Zustimmung wie auch für eine Ablehnung die erwarteten positiven und negativen Auswirkungen auf ihre eigenen Positionen abzuwägen.⁹

Die widersprüchliche Lage bestimmte auch die Beratung der Internationalen Sozialistischen Konferenz, die wenige Tage nach der Rede Marshalls in Zürich vom 6. bis 9. Juni 1947 stattfand. Bei ihrer Eröffnung plädierte der Schweizer Hans Oprecht für ein sozialistisches Europa, in dem das Erbe eines freiheitlichen, demokratischen Geistes aufrechterhalten werde, daraus ergebe sich die historische Aufgabe, zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika einen demokratisch-sozialistischen Weg zu gehen.¹⁰ Den Gedanken eines »sozialistischen« Europa als dritte Kraft zwischen USA und Sowjetunion schienen zu dieser Zeit viele sozialdemokratische Parteien zu akzeptieren, um der Blockbildung entgegenzusteuern bzw. die Rolle eines Vermittlers übernehmen zu können. Die damit verbundene Idee, durch eine Annäherung der sozialdemokratischen Parteien Europas zugleich die wirtschaftliche Einigung Europas mit sozialistischer Zielsetzung voranzutreiben und durch eine gesamteuropäische Kooperation die Blockbildung zurückzudrängen, die die französischen und belgischen Sozialisten vertraten, stieß aber auf die Ablehnung vor allem der britischen Labour-Leute. Der Züricher Konferenz gelang es nicht, zu den wichtigen aktuellen Themen eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Die Wiedergründung einer sozialdemokratischen Internationale wurde vertagt, nachdem die Bildung einer einheitlichen, auch die kommunistischen Parteien oder gar die gewerkschaftlichen Organisationen umfassenden Internationale schon seit längerem unrealistisch geworden war. Auch die Aufnahme der SPD in die ISK wurde weiter verschoben. In den nachfolgenden Monaten verdeutlichte sich: Die Blockbildung in der Weltpolitik wirkte auf die sozialdemokratischen Parteien immer deutlicher zurück. Das trat am klarsten – neben der deutschen Frage und dem Verhältnis zu den kommunistischen Parteien – in der Haltung zum Marshall-Plan zutage.

Die französische und die belgische sozialdemokratische Partei wollten mit der Neugründung der sozialdemokratischen Internationale auf die Gründung des Kominform im September 1947 antworten und damit die Parteien Osteuropas stärker an den Westen binden. Die Briten, Skandinavien und Holländer, die offenbar schon zu dieser Zeit bereit waren, sich von diesen Parteien zu trennen, waren dagegen. Zwischen diesen divergierenden Positionen setzte sich der Kompromiß durch, den bisherigen Weg fortzusetzen und so die Verbindungen zu den osteuropäischen Parteien auf-

aufrecht. Die dänische Sozialdemokratie blieb – weiter mit wirtschaftspolitischen Gründen argumentierend – zunächst noch bei ihrer Neutralitätspolitik, um sich dann mit der NATO-Gründung an der westlichen Blockbildung zu beteiligen.

7 Vgl. dazu und dem folgenden Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Hamburg o. J., v. a. S. 35 ff., S. 225 ff.; an Darstellungen zur SPD: E. U. Huster: Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt/Main - New York 1978; H.-P. Ehni: Die Reaktion der SPD auf den Marshall-Plan, in: Haberl/Niethammer, S. 217 ff.; U. Plener: SPD 1945-1949, Berlin 1981, S. 217 ff.

8 Am 9. April 1948 befürwortete der SPD-Vorstand die Annahme des Plans. Für die SPD traten immer mehr die Vereinigung der Westzonen und ihr wirtschaftlicher Aufbau in den Vordergrund, gleichzeitig versicherte sie, daß diese (hinsichtlich der Forderung nach der deutschen Einheit) nur ein Provisorium seien.

9 Vgl. dazu W. Loth: Die französischen Sozialisten ..., a. a. O., S. 359 f.

10 Vgl. zur Tagung Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam, Socialist International, International Socialist Conference, International Socialist Conference 6 - 9 June 1947 Zurich 1947. Vgl. dazu weiter und zur Entwicklung der ISK generell R. Steininger: S. 53 f., 74 ff., 223 ff.; K. Misgeld: S. 83 ff.; J. Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 3, Berlin(W) -

Bonn, S. 174 ff.; W. Loth: Internationalismus ..., S. 115 ff.; K.-L. Günsche/K. Lantermann: Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 119 ff.

11 Vgl. IISG, a.a.O., International Socialist Conference, Antwerp, 28 November - 2 December, 1947; vgl. auch Dokument Nr. 13. Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen, in: R. Steininger: S. 282 ff.; zum Verlauf R. Steininger, S. 57 ff.; K. Misgeld, S. 110 ff.

12 Diese Rede und Auszüge aus dem Protokoll sind abgedruckt in: Dokument Nr. 14. Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen, in: R. Steininger, S. 285 ff.

rechtzuerhalten. Divergenzen bestanden auch zum Marshall-Plan: Während die westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien den Marshall-Plan meist befürworteten, wurde er von den sozialdemokratischen Parteien der osteuropäischen Staaten abgelehnt.

Als entscheidend für die weitere Positionsbestimmung und Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie erwies sich die Internationale Sozialistische Konferenz in Antwerpen vom 28. November bis 2. Dezember 1947. An ihr nahmen 72 Delegierte aus Argentinien, Kanada, Brasilien, Palästina, dem Bund sowie aus den europäischen Staaten Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn teil, als Beobachter waren auch Parteien aus Indien, den USA, Bulgarien und Spanien vertreten. Die Wiedergründung der Internationale wurde nicht ausdiskutiert, aber das SILO in das Komitee der Internationalen Sozialistischen Konferenz (Comisco) umgewandelt und ein Vollzugsausschuß (Sub-Committee) als weiteres Führungsgremium gebildet. Die Konferenz selbst war von drei weiteren Problemen beherrscht: der Aufnahme der SPD in die ISK, den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien und zum Marshall-Plan.¹¹ Die Diskussion zu den beiden zuletzt genannten Fragen wurde unter den Tagesordnungspunkten »Weltfrieden« und »Wirtschaftlicher Wiederaufbau« geführt. Es offenbarten sich unterschiedliche Standpunkte zu allen grundlegenden Fragen. Dabei verlief die Scheidelinie im wesentlichen zwischen den osteuropäischen Parteien mit der italienischen PSI auf der einen Seite sowie den west- und nordeuropäischen Parteien andererseits. Entscheidende Debatten fanden bereits in den Sitzungen der Kommissionen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten statt. Das Grundsatzreferat in der Kommission für den Weltfrieden hielt H. Laski, der einige Jahre zuvor Vorsitzender der LP war und als Linker galt, hier aber die offizielle Parteilinie zu vertreten hatte.¹² Die LP konstatierte die bestehenden Gegensätze zwischen West- und Osteuropa und die Notwendigkeit für die sozialdemokratischen Parteien Osteuropas, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Den Marshall-Plan wertete Laski entsprechend der Position der LP als einen zeitlich begrenzten Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung und Schritt zur europäischen Unabhängigkeit, der ein Gleichgewicht in der Weltwirtschaft herstelle. Er bekundete Verständnis, daß die Osteuropäer den Plan zurückwiesen.

Nach Laski betonte fast jeder Redner die Dringlichkeit amerikanischer Hilfe, doch wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich. Pietro Nenni aus Italien stellte im Gegensatz zu Laski den Marshall-Plan in engen Zusammenhang mit der Truman-Doktrin und sprach von der Gefahr der Konterrevolution, insbesondere in Frankreich und Italien. Er hielt die amerikanische Hilfe für Italien für notwendig, doch dürfe kein zweites Griechenland entstehen, wo der amerikanische Einfluß bereits die Sozialisten und die Kommunisten zum Austritt aus der Regierung getrieben habe. Er schätzte ein, daß die Sowjetunion Frieden brauche, der aber durch eine »Kriegspartei« gefährdet sei, die aus Überbleibseln des Faschismus in Europa und den Kapitalisten in den USA bestehe. Nenni for-

derte, Truman-Doktrin und Marshall-Plan abzulehnen und rief zur internationalen und nationalen Aktionseinheit der Arbeiterparteien auf.

Die Kritik an den USA unterstützten mehrere Diskussionsteilnehmer, sie stieß aber auch auf Widerstand. Vor allem die belgischen Vertreter H. Rolin und M. Buset sowie der Holländer K. Vorrink wiesen die Vorwürfe gegen die US-Politik zurück und verlangten statt dessen eine stärkere Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik in Osteuropa. Rolin plädierte zugleich für eine neutrale Rolle der Sozialdemokratie gegenüber den zwei Weltmächten, während Vorrink der Illusion nachhing, der Marshall-Plan könne zum Sozialismus gelenkt werden.

Die beiden polnischen Delegierten K. Rusinek und J. Hochfeld wiesen Behauptungen, die PPS würde zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten und zur Ablehnung des Marshall-Plans gezwungen werden, zurück. Die Ablehnung des Marshall-Plans begründeten sie damit, daß dieser den Wiederaufbau der deutschen Industrie und die Intervention des Kapitalismus in Polen bedeute. Sie befürchteten, daß sich die griechischen Ereignisse in Osteuropa wiederholen könnten, und verwahrten sich daher gegen eine amerikanische Einmischung in Polen.

Gegen Vorrinks Widerstand wurde eine Resolutionskommission eingesetzt. Im vorgeschlagenen Resolutionsentwurf wurde die Existenz feindlicher Blöcke als ständige Ursache von Konflikten bestimmt; die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien wurde daher darin gesehen, alles zu tun, »um die Verbindungen sowie Kultur- und Handelsabkommen zwischen jenen Ländern wieder herzustellen und auszubauen, die sich gegenwärtig in getrennten Einflußsphären befinden«. Zur ersten Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden wurde die Vereinigung von Europa deklariert. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, eine dauernde Spaltung Deutschlands zu verhindern, da diese zur Zerstörung der europäischen Einheit und zur Wiedergeburt des deutschen Nationalsozialismus führe. Die Resolution verurteilte die Entwicklung in Franco-Spanien und die Einmischung in Griechenland. Zum ERP hieß es: »Die Konferenz anerkennt die Notwendigkeit einer Hilfe beim Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft, betont aber gleichzeitig, daß keine Hilfe angenommen werden kann, die die nationale Unabhängigkeit oder die Möglichkeit sozialer Reformen in irgendeinem Lande bedroht«. Dieser Entwurf wurde von den holländischen und österreichischen Vertretern als »vollkommen einseitig« heftig kritisiert, da er nichts zu Osteuropa und zur kommunistischen Politik enthielt. Er wurde dennoch mit zwölf zu zwei Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Der polnische Vertreter hatte einen eigenen Entwurf präsentiert, der soziale und anti-kapitalistische Aspekte stärker betonte, aber abgelehnt wurde.

Ähnlich verlief die Diskussion in der Wirtschaftskommission. Obwohl feststand, daß die osteuropäischen Länder nicht am Marshall-Plan teilnehmen werden, versuchte der Brite M. Phillips, wenn auch vergeblich, die Zustimmung der Konferenz für die Position der westeuropäischen Parteien zum Marshall-Plan zu gewinnen. Er forderte, daß die Parteien, deren Länder an der Konfe-

renz in Paris am 12. Juli teilnehmen, sich auf eine Zusammenarbeit einigen, um amerikanische Hilfe zu erhalten. Wie er argumentierten auch weitere Redner, so E. Anseele aus Belgien oder der Norweger H. Lie für die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe, da sie ohne politische Bedingungen erfolge und Westeuropa sie brauche, um den Lebensstandard zu erhöhen. Die Resolution umschrieb die unterschiedlichen Auffassungen: »Die Konferenz bedauert das Fehlen eines internationalen Planes für den Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete sofort nach Einstellung der Feindseligkeiten. Sie verweist auf die Bedeutung einer entsprechenden internationalen Aktion zum Wiederaufbau dieser Gebiete, die der Naziaggression zum Opfer fielen. Die Zusammenarbeit der 16 Nationen, die bei der Pariser Konferenz vertreten waren, wird von den Sozialisten der Mehrheit dieser Länder als Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles gutgeheißen. Gleichzeitig vertiefen die Länder Osteuropas die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander; dies wird von den sozialistischen Vertretern aus jenen dieser Länder, die an der Konferenz teilnehmen, gleichfalls gutgeheißen.«¹³

Die in den Kommissionen erarbeiteten Resolutionsentwürfe wurden von der Konferenz insgesamt angenommen. Die italienische und die polnische Delegation traten vergebens gegen den »Dritte-Kraft-Geist« der Mehrheit der Konferenzteilnehmer auf. Ihre Schlußfolgerung war, daß die Teilung der Welt in zwei Lager eine Tatsache ist und die natürlichen Bundesgenossen der Sozialisten die Kommunisten sind. Für eine entsprechende Abänderung der Resolution in einem Zusatzantrag stimmten nur die Delegierten Ungarns, Italiens und Polens, er wurde mit 14 Gegenstimmen bei der Stimmenthaltung des Bund abgelehnt. Die Konferenz bestätigte letztlich, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas den Marshall-Plan unterstützten, die Osteuropas ihn aber ablehnten. Die osteuropäischen Parteien sahen eine unabhängige und demokratische Entwicklung nur im Bündnis mit der Sowjetunion gegeben, die westeuropäischen bezogen gegenteilige Positionen.

Die erste Tagung des Comisco fand am 10. Januar 1948 statt.¹⁴ Erstmals nahmen Vertreter der SPD teil, ohne daß sie in die Diskussion eingriffen. Der Marshall-Plan stand zwar nicht als spezielles Thema auf der Tagesordnung, bestimmte aber die Tagung. Der Norweger H. Lie hatte beantragt, eine internationale Konferenz der Sozialdemokratie einzuberufen. Teilnehmen sollten die Parteien aus den Ländern, die den Marshall-Plan unterstützten, nicht aber die Parteien aus den Ländern, die gegen den Plan waren. Das hieß im Klartext, daß die osteuropäischen Parteien nicht eingeladen werden sollten, was die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten weiter zuspitzte. Der PPS-Vertreter bezweifelte den Sinn einer solchen Konferenz. Dem Comisco wurde die Kompetenz abgesprochen, eine solche Konferenz einzuberufen. Ein Kompromiß sah die LP als Ausrichter der Konferenz vor. Dagegen wandten sich die französischen, belgischen und Schweizer Delegierten, sie wollten eine Konferenz aller Parteien zum Thema »Wirtschaftlicher Wiederaufbau Europas im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan«, da sie sonst die Gefahr einer Spaltung zwischen den sozialdemokratischen Parteien befürchteten. Die osteuropäischen Parteien

13 Vgl. Summarised Report of the Meeting of the Committee of the International Socialist Conference, 10 January 1948; SILO Circular 80, 81; R. Steininger, S. 92; K. Misgeld, S. 121 f.; W. Loth: Internationalismus ..., S. 202 f.

14 Zit. nach Dokument Nr. 14, in: R. Steininger, S. 296.

waren mit diesem Vermittlungsvorschlag nicht einverstanden, sie wollten überhaupt keine Konferenz zum Marshall-Plan. Schließlich wurde mehrheitlich beschlossen, daß die LP eine Konferenz der Befürworter des Marshall-Plans einlade. Gegen diesen Vorschlag stimmten die Vertreter Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Hollands und Skandinaviens sowie die SPD. Die Spaltung der europäischen Sozialdemokratie wurde damit weiter vorangetrieben, denn nachdem die osteuropäischen Parteien auf den französischen Vermittlungsvorschlag nicht eingegangen waren, wurden nur die Parteien eingeladen, deren Länder sich am Plan beteiligten. Der Marshall-Plan spaltete also nicht nur Europa, sondern auch die sozialdemokratischen Parteien in zwei Lager.

Am 19./20. März 1948 fand in London die nächste Comisco-Tagung statt.¹⁵ Sie nahm die von der LP entworfene Entschließung über Osteuropa mit 12 Stimmen (Österreichs, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Deutschlands, Hollands, Großbritanniens, Islands, Luxemburgs, Norwegens, Schwedens und der Schweiz) bei Enthaltung der Vertreter vom Bund und von Palästina an. Die Mitgliedspartei aus Kanada war nicht vertreten. Nenni hatte eine Erklärung gegen die Resolution abgegeben, die Sitzung verlassen und nicht an der Abstimmung teilgenommen. Interessanterweise hatten die Delegierten der polnischen und der tschechoslowakischen Parteien ihre Visa nicht rechtzeitig erhalten, um an der Beratung teilnehmen zu können. Die Konferenz machte die Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung offenkundig – verantwortlich dafür wurde das Kominform gemacht. Die Resolution war eine unmittelbare Reaktion auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei und griff die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien direkt und erstmals in dieser Schärfe an. Die früheren sozialdemokratischen Parteien Rumäniens, Bulgariens und Ungarns galten nicht mehr als Mitglieder des Comisco, sie hätten sich, da sie sich mit den kommunistischen Parteien vereinigt hatten, selbst ausgeschlossen. Auch die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei wurde ausgeschlossen, da die Führung die Partei »an die Kommunisten verraten« habe. An die polnische PPS und die italienische PSI erfolgte ein »letzter Appell«, »dem Sozialismus und der Demokratie treu zu bleiben« und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu beenden.¹⁶ Die PPS schied daraufhin aus dem Comisco aus. Als wichtigste Aufgabe sah man nun, ein von sozialdemokratischen Vorstellungen geprägtes demokratisches Europa zu schaffen, das sich dem von Tyrannei nach innen und Aggression nach außen charakterisierten sowjetischen Kommunismus entgegenstellte. Bei allen Divergenzen verband die verbliebenen Comisco-Parteien die Einheit im Kampf gegen den Kommunismus. Das erwies sich de facto, wenn auch nicht expressis verbis formuliert, als wichtigste Voraussetzung für die Marshall-Plan-Hilfe.

Im Anschluß an die Comisco-Tagung fand – mit fast identischem Teilnehmerkreis – die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aus den am Marshall-Plan beteiligten Ländern in Selsdon Park am 21./22. März 1948 statt. Die Konferenz befaßte sich mit Bedingungen des Marshall-Plans und mit Methoden der Zusammenarbeit der beteiligten Länder. LP und SFIO hatten 14 sozialdemokratische

15 Vgl. SILO Circular 91, 22.3.1948, Minutes of Second Meeting of the Committee of International Socialist Conference, London 19. - 20. March 1948; IISG, Comisco 1948; R. Steininger, S. 93; W. Loth, in Haberl/Niethammer, S. 497; K.-L. Günsche/K. Lantermann, S. 121.

16 Zit. nach: Dokument Nr. 15. COMISCO-Konferenz in London, in: R. Steininger, S. 299 f.

17 Die Resolution der Tagung ist abgedruckt als Dokument 29. Marshall-Plan-Konferenz der sozialistischen Parteien in Selsdon Park/Surrey, in: R. Steininger, S. 364 f., die Zusammenfassung der Memoranden der französischen und britischen Partei als Dokument 27 und 28 Marshall-Plan-Konferenz der sozialistischen Parteien in Selsdon Park/Surrey, ebenda, S. 360 ff., folgende Zitate ebenda. Zur Darstellung der Tagung vgl. auch W. Loth: *Internationalismus...*, S. 202 ff.; R. Steininger, S. 139 f.

Parteien Westeuropas (Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Holland, Island, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz) eingeladen. Schon die Einladung bedeutete faktisch die Aufgabe des Dritte-Kraft-Konzepts der SFIO. Dennoch ließ sich das eigentliche Ziel der Konferenz, die Politik der sozialdemokratischen Parteien zu koordinieren, nicht erreichen. Die LP hatte in einem Memorandum das ERP als Weg zum Wiederaufbau und zur Stabilität der europäischen Länder interpretiert. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit hatte für sie den Vorrang vor einer politischen Union.¹⁷ Eine andere Konzeption vertraten nach wie vor die Parteien Frankreichs und der Beneluxländer. Nach ihrer Auffassung sollte ein politischer Einheitspakt entstehen mit der Perspektive, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Der Marshall-Plan galt ihnen als Schritt, als Ausgangspunkt zu diesem Ziel. Da sie es für unwahrscheinlich hielten, daß die beteiligten Staaten ihre unmittelbaren Interessen ohne weiteres zugunsten umfassender Kooperation aufgeben würden, sollte »die im Rahmen des ERP geschaffene dauernde Organisation von Anfang an verfassungsmäßig supranationale Kompetenzen erhalten«. Die LP und die Parteien Skandinaviens, Österreichs und Italiens (die nun aufgenommene PSLI unter G. Saragat) traten auf der Tagung gegen dieses Konzept auf. Sie betonten erneut als wichtigste Funktion des Marshall-Plans die Wiedererlangung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Europas und der einzelnen Länder. Die LP setzte der SFIO-Forderung nach unmittelbarer Gründung einer europäischen Föderation die zahlreichen Schwierigkeiten entgegen, die sich aus der Wirtschafts- und Sozialstruktur der einzelnen Länder ergaben. Sie setzte durch, daß Entscheidungen über das ERP von wechselseitigen Vereinbarungen abhängen sollten, und daß Versuche, ihm supranationale Kompetenzen zuzuweisen, abgewiesen wurden. Die Schlußresolution enthielt das unbestimmte Ziel, »in der Erwartung der Schaffung Vereinigter Staaten von Europa« die wechselseitige Kooperation der europäischen Staaten auszuweiten. Insgesamt stimmte die Konferenz dem Marshall-Plan zu und empfahl allen Mitgliedsparteien, seine Durchführung zu unterstützen.

Die sozialdemokratischen Führer des Westens unterstützten – bei zeitweiligen und teilweisen Bedenken – den Marshall-Plan letztlich aus folgenden Erwägungen:

1) Die Nachkriegsentwicklung war verbunden mit großen ökonomischen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, niedrigem Lebensstandard, unzureichenden materiellen und finanziellen Ressourcen. Der Marshall-Plan galt als das geeignete Mittel, diese Probleme zu überwinden.

2) Sie versprachen sich davon zugleich Möglichkeiten, nicht nur soziale Konflikte bei der Rekonstruktion der Wirtschaft zu mindern und zu lösen, sondern zugleich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sozialpolitische und ökonomische Reformen zu verwirklichen.

3) Die sozialdemokratischen Parteien erkannten zwar als gewisse Gefahr, daß die europäische Bourgeoisie ihre Positionen stärken und der Einfluß der USA auf Westeuropa wachsen würden, sie

sahen aber keine Alternative, um die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden und das Niveau der Produktion zu erhöhen.

4) Sie glaubten sich in Übereinstimmung mit den Erwartungen großer Teile der Bevölkerung ihrer Länder, die sich vom Marshall-Plan eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation versprachen.

5) Sie hofften, durch Unterstützung und Verwirklichung des Marshall-Plans ihre eigene Position zu stärken und die der Kommunisten zu schwächen, zugleich die Überlegenheit ihrer Konzeption gegenüber der kommunistischen zu beweisen.

6) Nach der Gründung des Kominform und den Prager Ereignissen vom Februar 1948 empfanden die führenden Kräfte der Sozialdemokratie die Politik der Sowjetunion immer mehr als Bedrohung der westlichen Freiheit, Demokratie und Sicherheit. Die Einbindung in den westlichen Block und den Marshall-Plan erschien ihnen als Schutzdamm gegen die vermeintliche kommunistische Gefahr.

Die SFIO hatte am 24./25. April 1948 zu einer weiteren Konferenz über die Vereinigten Staaten von Europa nach Paris eingeladen. Sie fand damit nach der Unterzeichnung des Brüsseler Paktes am 17. März und nach dem OEEC-Abkommen vom 16. April statt. Die Franzosen erreichten von den Delegierten der vertretenen Parteien die provisorische Zustimmung zu koordinierten Maßnahmen im Rahmen des ERP.¹⁸ Das betraf die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung, der Zoll- und Währungspolitik, der Strukturbereinigung; gemeinsame Export- und Importplanung, planwirtschaftliche Rohstoff-, Energie- und Kreditpolitik. Anerkannt wurde das supranationale Prinzip eines westeuropäischen Rats. Dennoch ließen sich weder die LP noch die skandinavischen Parteien auf eine solche bindende Zusammenarbeit festlegen, wie sie die SFIO erhofft hatte. Die LP war keineswegs bereit, z. B. die Souveränität Großbritanniens aufzugeben, hinzu kam neben anderen Faktoren die Furcht vor der Inflation in anderen Ländern. Zum Scheitern des Dritte-Kraft-Konzepts trugen aber nicht allein die LP bei, sondern auch innerparteiliche Faktoren in der SFIO. Die SFIO selbst war nach den tschechoslowakischen Ereignissen im Februar 1948 von einer antikommunistischen Psychose erfaßt, die zu einer antikommunistischen Wende in der Partei führte und die militärische Verteidigung gegen eine von der Sowjetunion angeblich ausgehende Gefahr in den Vordergrund rückte. Die Ergänzung der Idee einer Dritten Kraft mit dem Ziel eines westlichen Verteidigungsbündnisses stand aber im Widerspruch zu den ursprünglichen Intentionen und besaß nicht die bisher angestrebte Vermittlungsfunktion.

Die in Wien vom 4. bis 7. Juni 1948 stattfindende Comisco-Konferenz vertiefte die Gegensätze zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Bewegung weiter. Die Resolution zum Tagesordnungspunkt »Demokratie und Sozialismus« fungierte deutlich und bewußt als Abgrenzung zu Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, gegenüber den Volksdemokratien insgesamt. »Die Volksdemokratien sind in Wirklichkeit Diktaturen. Sie sind Regierungen, die politisch die fundamentalen Grundrechte der Staatsbürger verneinen und ökonomisch den Privatkapitalismus

18 Vgl. W. Loth: Internationalismus..., S. 206 ff.; ders., in: Haberl/Niethammer: S. 370; R. Steinger: S. 141; K. Misgeld: S. 135 ff.

19 Zit. nach dem deutschen, von der englischen Fassung stilistisch abweichenden Text bei K.-L. Günsche/K. Lantermann: S. 121. Die Resolution »Demokratie und Sozialismus« ist in englischer Fassung abgedruckt als Dokument Nr. 18. Internationale Sozialistische Konferenz in Wien, in: Steinger, S. 306.

20 Zitiert nach J. Braunthal, S. 231.

durch einen Staatskapitalismus zu ersetzen trachten. Sie verraten sowohl Demokratie wie Sozialismus, die sie vorgeben zu vertreten.«¹⁹

Der Abgrenzung von den Volksdemokratien und von den kommunistischen Parteien und der Distanzierung von den sozialdemokratischen Parteien Osteuropas entsprach die Aufnahme der Exilanten als Vertreter der osteuropäischen Parteien mit dem Status beratender Mitglieder in das Comisco. Die PSI unter Nenni trat gegen die Resolution auf und hielt auch weiter am Bündnis mit der IKP fest, worauf ihre Mitgliedschaft im Comisco suspendiert und sie im Mai 1949 ausgeschlossen wurde. M. Phillips erklärte: »Die von der Kominform eingeleitete Offensive gegen den Weltsozialismus schließt jede Gemeinsamkeit irgendeiner demokratischen sozialistischen Partei mit einer Partei aus, die in aller Form eine Verbindung mit einer kommunistischen Partei unterhält.«²⁰ Im August 1948 wurde gar ein Vorschlag der schwedischen Sozialdemokratie angenommen, wonach jede Mitgliedspartei Auskunft über die Größe der kommunistischen Partei im eigenen Land, über die Entwicklung der Beziehungen zu den Kommunisten seit Kriegsende und über kommunistische Politik und Aktionen geben sollte.

Resümee

1947/48 war auch für die internationale Sozialdemokratie ein Scheideweg. Sie entschied endgültig über ihren Platz in der Auseinandersetzung zwischen den Blöcken, zwischen Sowjetunion und USA. Der Marshall-Plan bedeutete nicht nur die Teilung der Welt. Er schwächte und vertiefte die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene, er wirkte in dieser Hinsicht weniger als Auslöser, sondern mehr als Katalysator. Die Arbeiterbewegung verlor Schlüsselstellungen, die sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den meisten westeuropäischen Ländern eingenommen hatte. Die Chancen auf die Verwirklichung der sozialistischen Idee und sozialistischer Zielstellungen im Nachkriegseuropa wurden weiter eingeschränkt. Der Plan forcierte die Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und zwischen den sozialdemokratischen Parteien Ost- und Westeuropas. Mit ihm war die Hoffnung der Sozialdemokratie, die entscheidende Rolle beim Wiederaufbau Europas zu spielen, zerschlagen. Er bedeutete das Ende der sozialdemokratischen Dritte-Kraft-Konzeption und ihrer Vision eines baldigen sozialistischen, sozialdemokratischen Europa.